

Kurzbericht

Ausschuss für Inneres und Sport

(112. - öffentliche - Sitzung am 27. August 2026)

Tagesordnung:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Sicherung von Tariftreue und Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (Bürokratierückbaugesetz zur Erleichterung kommunaler Vergaben)**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 19/8951](#)

Der Ausschuss führt eine Anhörung durch. Angehört werden:

- Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens
- Verband kommunaler Unternehmen e. V., Landesgruppe Niedersachsen/Bremen
- Deutscher Gewerkschaftsbund, Bezirk Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt
- Verband der Unternehmerinnen in Deutschland (VDU), Landesverband Niedersachsen
- Unternehmerverbände Niedersachsen e. V. (UVN)

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes und des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/9622](#)

Der federführende Ausschuss setzt die Beratung auf der Grundlage der Vorlage 18 des GBD fort und schließt sie ab. Er empfiehlt dem Landtag vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 18 mit den in der Sitzung beschlossenen Änderungen anzunehmen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU, AfD

Enthaltung: -

Berichterstattung (schriftlicher Bericht): Abg. Nadja Weippert (GRÜNE).

Ferner empfiehlt er dem Landtag zu der in die Beratung zum Gesetzentwurf eingebrachten Eingabe 01997/02/19 den folgenden Beschluss:

Die Eingabe wird für erledigt erklärt.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

3. **Rechtsextreme türkische Ülkücü-Bewegung konsequent bekämpfen - „Graue Wölfe“ in Niedersachsen verbieten!**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/2880](#)

Der Ausschuss setzt die Beratung fort und bittet die Landesregierung um eine Unterrichtung in vertraulicher Sitzung.

4. **Antisemitismus hat in unserer Gesellschaft keinen Platz! - Auch linksextremen und israelbezogenen Ausprägungen entschieden entgegentreten und dem Parteitagsbeschluss der Partei Die Linke unmissverständlich widersprechen**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/10436](#)

Der Ausschuss setzt die Beratung fort und bittet die Landesregierung um eine Unterrichtung in vertraulicher Sitzung.

5. **Schwimmen lernen - Leben retten. Flächendeckende Unterstützung beim Schwimmenlernen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/10674](#)

Der federführende Ausschuss schließt die Beratung ab und empfiehlt dem Landtag vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Kultusausschusses, den Antrag anzunehmen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU, AfD

Enthaltung: -

Ferner empfiehlt er dem Landtag zu der in die Beratung zum Gesetzentwurf einbezogenen Eingabe 01479/02/19 den folgenden Beschluss:

Die Eingabe wird für erledigt erklärt.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

6. **Behördlichen Rechtsschutz für Polizeibeamte verbessern - die Betreuungslücke in der staatlichen Fürsorgepflicht für Beamte schließen!**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 19/10662](#)

Der Ausschuss schließt die Beratung ab und empfiehlt dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

7. **Digitale Verwaltung - transparent, unabhängig, effizient und modern!**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/10435](#)

Der Ausschuss setzt die Beratung fort und bittet die Landesregierung um eine mündliche Unterrichtung.

8. **Freiheitlich-demokratische Grundordnung schützen - Instrumente der wehrhaften Demokratie entschlossen nutzen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/9916](#)

dazu: Eingaben 01300/02/19, 01654/02/19, 01654/02/19-001, 01654/02/19-002 und 01742/02/19

Der Ausschuss stellt die Beratung über den Entschließungsantrag auf Antrag der SPD-Fraktion zurück.

9. **Entwurf eines Gesetzes zum Zweiten Staatsvertrag zur Änderung des Glücksspielstaatsvertrags 2021
(2. GlüÄndStV 2021)**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/11390](#)

Der federführende Ausschuss nimmt die Vorstellung des Gesetzentwurfs durch die Landesregierung entgegen und führt die Beratung durch. Er empfiehlt dem Landtag vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: -

Enthaltung: CDU, AfD

Berichterstattung (schriftlicher Bericht): Abg. Alexander Saade (SPD)

10. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes und des Niedersächsischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/8942](#)

b) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes (Gesetz zur Einführung künstlicher Intelligenz bei der Videoüberwachung und Fahndung)**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 19/5312](#)

c) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes
(Gesetz zur Einführung einer elektronischen Aufenthaltsüberwachung bei häuslicher Gewalt)**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 19/6274](#)

d) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes (Gesetz zum polizeilichen Einsatz und zur Abwehr von Drohnen)**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 19/7488](#)

dazu: Eingabe 01778/02/19

Der Ausschuss setzt die Beratung auf Grundlage der Vorlage 11 des GBD fort. Er beschließt, die Beratung am 17. September 2026 in einer ganztägig geplanten Sitzung fortzusetzen.